

Paibacher Zeitung.



Nr. 239.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Donnerstag, 17. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 26 fr., größere pr. Zeile 6 fr. 1 bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 8 fr.

1878.

Amtlicher Theil.

Der Handelsminister hat den Concipisten der Seebehörde Natalis Ebner von Ebenthal zum Sekretär und den Conceptadjuncten Paul Ballarini zum Concipisten dieser Behörde ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Durchführung der Occupation.

Nachdem das Generalkommando der zweiten Armee Ende August in Brod constituiert und die Truppen in Bosnien ihre Verstärkung erhalten hatten, eröffnete Graf Szapary am 4. September durch ein Recognoscierungsgefecht bei Lipac die Offensive gegen die ihn bedrohenden Insurgenten, welche sich alsbald nach Gračanica zurückzogen. Am 14. überschritt das vierte Armecorps FML. Baron Bienert bei Samac die Save, drei Tage später fiel Brčka, und nach einem leichten Gefechte am 21. September wurden die Insurgenten aus ihren Stellungen bei Tuzla hinausmandoriert, so daß sie sich überall in fluchtartiger Eile zurückzogen. Mittlerweile wurde ihnen durch von Sarajewo aus nordwärts gerichtete Operationen der Rückzug gegen Süden verlegt, so daß ein großer Theil der Aufständischen nach Serbien floh und um die Gastfreundschaft des Erbfeindes bitten mußte. Das Kesselheben war so rasch inszeniert worden, daß sich alle Orte, so die besetzten Plätze Bjelina am 23. und Zwoznik am 27. September, wo im Jahre 1876 das serbische Corps des Generals Alimpić vergeblich operierte, ohne Widerstand ergeben mußten.

Auch im westlichen und südöstlichen Theile von Bosnien wurden die Insurgenten durch systematisch einander greifende Operationen aus ihren festen Stellungen vertrieben. Ključ fiel am 8., Bihać am 19., Zamo am 28. September, und am 4. Oktober ergaben sich die letzten Bezirke, welche den Anschluß des Reichthums von Sarajewo an jenes von Novibazar bilden. Ein vorübergehendes Aufplacern des Aufstandes im nordwestlichsten Winkel von Türkisch-Kroazien wurde am 7. d. M. vom GM. Reinländer rasch niedergeschlagen, so daß sich mit der ersten Oktoberwoche alle wichtigeren und größeren Orte des Landes im Besitze unserer Truppen befanden. Längs der Hauptstraßen war die Entwaffnung schon früher gelegentlich durchgeführt worden, während der allerdings beschwerliche Theil der Pacification bis in die höchstgelegenen Gebirgsthäler den kommenden Wochen vorbehalten bleibt. Die Occupationarbeit in der zweiten Hälfte des September ging rasch, nach einem einheitlichen Plane und ohne besondere Verluste zu erleiden, vor sich. Alle Abtheilungen legten Proben von Marschfähigkeit und Opferwilligkeit ab, die als mustergiltig bezeichnet zu werden verdienen.

Ausführungsschwierigkeiten des Berliner Vertrages.

Als ein neuer, in den Berathungen der internationalen Kommission für Ostrumelien einmündiger Zwischenfall wird aus Konstantinopel gemeldet, daß in der letzten Sitzung am 12. Oktober der russische Kommissär das Verlangen stellte, die Pforte möge der Kommission die Entwürfe jener Reglements mittheilen, die sie in Gemäßheit des Berliner Vertrages in den übrigen Provinzen der europäischen Türkei in Anwendung zu bringen gedenke. Der türkische Kommissär lehnte jedoch dies Ansuchen ab mit der Erklärung, daß nach Artikel 23 des Berliner Vertrages diese Frage Gegenstand der Kommissionsberathungen erst dann sein könne, wenn die Pforte die bezüglichen Reglements angenommen haben wird. Die nächste Kommissions-sitzung findet Donnerstag statt. Wie verlautet, wird die Pforte, der Kommission vorzuschlagen, man möge auf Ostrumelien den jüngsten Entwurf des Vilajetgesetzes in Anwendung bringen. Artikel 23 des Berliner Vertrages, von welchem verhandelt wird, lautet wie folgt: „Die hohe Pforte verpflichtet sich, auf der Insel Kreta genau das organische Reglement von 1860 zur Anwendung zu bringen und dabei die billig gefundenen Modificationen anzuwenden. Uebrigens, den lokalen Bedürfnissen angepaßt, werden die billigen Steuerexemptionen betreffen, werden eben-

falls in den übrigen Theilen der europäischen Türkei, für welche durch den gegenwärtigen Vertrag eine besondere Organisation nicht vorgesehen worden ist, eingeführt werden. Die hohe Pforte wird Spezialkommissionen, unter denen das eingegeborene Element zahlreich vertreten sein soll, damit beauftragen, die Details dieser neuen Reglements für jede Provinz auszuarbeiten. Die Organisationsentwürfe, welche aus diesen Arbeiten hervorgehen, sollen der Untersuchung durch die hohe Pforte unterworfen sein, die vor Erlass der Verordnung, welche dieselben in Kraft setzen soll, die Ansicht der europäischen, für Ostrumelien eingesetzten Kommission einholen muß.“

Auch bezüglich der Auslieferung der in Montenegro und Rumänien befindlichen türkischen Kriegsgefangenen sind Schwierigkeiten aufgetaucht. Der Fürst von Montenegro soll die Erklärung abgegeben haben, daß die türkischen Kriegsgefangenen nur nach vollständiger Durchführung der Montenegro betreffenden Stipulationen des Berliner Vertrages in ihre Heimat zurückbefördert werden könnten. Die rumänische Regierung dagegen verlangt von der Pforte eine Geldentschädigung für die Kosten der Erhaltung der türkischen Kriegsgefangenen, oder als eventuelle Gegenleistung die Uebergabe des Kriegsmaterials von Widdin.

Der neueste russisch-türkische Conflict.

Die Russen und die Türken haben in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit Europas wieder in hervorragender Weise auf sich gezogen. Man hatte viel von dem Rückzug der Russen aus den der Pforte verbliebenen Theilen Rumeliens gehört. Die Truppen, welche in einem nicht allzu weit gespannten Ringe vom Aegäischen bis zum Schwarzen Meere Konstantinopel umschlossen hatten, traten bereits zu Wasser und zu Land den Rückmarsch an. Plötzlich kommt von Konstantinopel die Allarmnachricht, daß die russischen Truppen, welche — allerdings nicht in Eilmärschen — sich gegen Adrianopel hinzogen, mit einemmale Halt gemacht und sogar eine Vorwärtsbewegung gegen Konstantinopel aufs neue unternommen hätten. Die Sache hat sich bestätigt.

General Tottleben hat auf seinem Rückmarsche gegen Adrianopel wiederkehrt gemacht und die Türken mit der Drohung, er werde Gewalt brauchen, wenn sie nicht gutwillig weichen, zur Räumung der von ihnen bereits wieder besetzten, acht Tage früher von den Russen verlassenen Positionen in der Nähe Konstantinopels gezwungen. Gleichzeitig ist von Livadia aus ein Circulartelegramm an die russischen Botschafter und Gesandten ergangen, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, „endlich auf Grundlage des Berliner Vertrages zu einer definitiven Abwicklung mit der Türkei zu gelangen“. In dieser Circulardepeche wird, auf die Ohnmacht der türkischen Regierung hingewiesen, welche Wegeleien nach dem Abzuge der russischen Truppen zu verhindern nicht im Stande sei, und deshalb auch der christlichen Bevölkerung so wenig Vertrauen einflöße, daß dieselbe im Gefolge der abziehenden Russen auszuwandern Miene mache. Das russische Kabinett fordert die Vertragsmächte zu gemeinsamem Handeln auf, um diesen unhaltbaren Zuständen auf der Balkanhalbinsel endlich ein Ziel zu setzen.

Ueber diesen Zwischenfall liegen in den englischen Blättern zahlreiche Nachrichten vor. Eine Peraer Depesche des „Daily Telegraph“ vom 12. d. M. sagt diesbezüglich:

„In einer Unterredung, welche Fürst Lobanoff am letzten Mittwoch mit Savjet Pascha gehabt, sprach ersterer von der Nothwendigkeit eines Friedensabschlusses auf Grund des San Stefano-Vertrages, soweit derselbe nicht durch den Berliner Vertrag alteriert worden, indem er hinzufügte, daß ohne Unterzeichnung eines solchen Documentes zwischen Rußland und der Türkei ein Kriegszustand bestehe und die Truppen des Zaren Adrianopel erst drei Monate nach Ratification dieses Vertrages räumen werden.“ — Ein Konstantinopler Spezialtelegramm der „Times“ bestätigt die obige Nachricht in allen ihren Einzelheiten mit dem Hinzufügen, daß der Zwischenfall in diplomatischen Kreisen einige Bestürzung hervorgerufen habe. Der „Times“-Korrespondent glaubt jedoch, daß es der russische Botschafter einzig und allein auf die möglichst rasche Unterzeichnung des Friedensvertrages abgesehen habe. Die Pforte hat gegen einen Artikel dieses Vertrages Einwendungen gemacht, und hofft Fürst Loba-

noff wahrscheinlich den Widerstand der Pforte durch seine Weigerung, das türkische Territorium zu räumen, zu bewältigen oder doch wenigstens abzuschwächen.

Der Wiener Korrespondent der „Times“ weiß über die Affaire folgendes zu melden: „Nach einer offiziellen Mittheilung, welche die russische Regierung über die Rückkehr der Truppen an die Mächte erlassen hat, berichtete der Oberbefehlshaber, General Tottleben, über den Ausbruch von ernstlichen Unruhen in den von den Russen geräumten Distrikten, insbesondere in Silivri, und daß die christliche Bevölkerung, angesichts ihrer Auslieferung in die Hände jener, welche sich solch entsetzlicher Ausschreitungen schuldig gemacht hatten, ihre Wohnorte verlasse, der russischen Armee nachziehe und dieselbe beschwöre, sie nicht ihrem Schicksale zu überlassen. Infolge dieser Berichte wurde der russische Botschafter in Konstantinopel beauftragt, bei der Pforte in energischer Weise vorstellig zu werden, um dieselbe zu schleunigem Einschreiten zu veranlassen. Gleichzeitig erhielt der Oberbefehlshaber den Befehl, den weiteren Rückzug der Armee einzustellen. Indem die russische Regierung den Mächten dies mittheilt, ladet sie dieselben ein, sich ihren Vorstellungen in Konstantinopel anzuschließen, indem sie die Hoffnung ausspricht, daß die Mächte den Vortheil einsehen werden, sämtlichen Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages die Ausführung zu sichern und diesem Vertrag jene Achtung zu bewahren, die ein solch feierlicher Act verdient. Der Bericht des russischen Oberbefehlshabers ist ein durchaus einseitig abgefaßter; wenn diese Unordnungen aber auch nicht vorgekommen wären, so würde es doch, wie in solchen Fällen gewöhnlich, nicht schwer gewesen sein, ein Motiv für die Einstellung des Rückzuges der russischen Truppen zu finden. Allein begründet oder nicht begründet, haben die Türken selbst die Gelegenheit für diese Gerüchte und ihre Folgen gegeben, indem sie es veräußerten, das von den Russen geräumte Land sofort zu besetzen. Es ist dies um so unverzeihlicher, als sie in und um Konstantinopel hinreichend Truppen besaßen, deren Verschiebung im eigenen Lande und in solcher Nähe der Hauptstadt gewiß auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gestoßen wäre. Wie groß aber auch immerhin diese Schwierigkeiten gewesen sein mochten, so hätte der Türke sich daran erinnern sollen, wie schwer es hielt, die Russen aus der Umgebung Konstantinopels zu entfernen, und die nöthigen Vorsichtsmaßregeln ergreifen sollen, um der russischen Armee keinen Vorwand zu geben, ihren Rückzug einzustellen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Parforce-Jagden.) In der zweiten Hälfte dieses Monats werden die Parforce-Jagden in Gödöllö wieder aufgenommen. Graf Eszterhazy hat sich nach Totis begeben, um seinen Jagdstall in Ordnung zu bringen und die Ueberführung desselben sowie der Meute zu bewerkstelligen.

— (Reiche Lese.) In Komady, schreibt „Magyar“, gibt's heuer einen solchen Traubensegen, daß die Weingartenbesitzer nicht wissen, wo sie den Most unterbringen sollen. Ein dortiger Bauer, der einen großen Kahn besitzt, half sich in dieser Verlegenheit damit, daß er den Kahn ausbrachte und dann mit dem Ueberschuß seines Mostes füllte.

— (Hundertjährige in Oesterreich.) Nach der letzten Volkszählung in Oesterreich (1869) gab es 183 Männer und 229 Frauen, die ein Alter von hundert Jahren und darüber erreicht hatten; das meiste Contingent hiezu lieferte Böhmen.

— (Das Nachtfest in Paris.) Das glänzende Nachtfest, welches der Marschall Mac Mahon am Abend der Preisvertheilung in dem Schloß von Versailles veranstalten wird, hat folgendes Programm: Der Schloßhof wird elektrisch mit Zablotschloffchem Licht beleuchtet. Auf die Reiterstatue Ludwigs XIV. wird sich das Licht besonders concentriren; das Piedestal wird mit lebenden Blumen geschmückt sein. Das große Buffet wird in dem „Salle du Sacre“ errichtet sein; ein kleines Buffet wird im „Salon de l'Oeil-de-Boeuf“ etabliert werden. Das Buffet für die Fürstlichkeiten wird im Apollonsaal errichtet, der im Zusammenhang mit dem „Salon de la Guerre“ steht, der speziell für die fürstlichen Hoheiten reserviert bleibt. Die Spiegelgalerie wird mit fünfzigwanzig Lustres erhellt werden. An jedem Ende der glänzenden Gallerie wird ein Dr-

chester, aus zweiundzwanzig Musikern bestehend, spielen. Die Schloßterrasse wird für das Publikum abgesperrt und lediglich den zwölftausend Geladenen reserviert bleiben. Zwei Militärorchester werden an den beiden Enden der Terrasse spielen, der Rabinettchef des Marfchalls und Herr Blanco, eine Art Hofmarschall Mac Mahons, sind ausschließlich mit den Arrangements beschäftigt. Für die Kosten des Festes dieser Nacht sind 120,000 Francs bestimmt. Während der ganzen Nacht werden die großen Wasser von Versailles, die elektrisch beleuchtet werden, springen.

— (Feuerlärm.) Die Reihe schrecklicher Unglücksfälle, von denen England in diesem Jahre heimgejucht wird, will noch immer kein Ende nehmen. Freitag abends waren in dem Kolosseumtheater zu Liverpool, einer sogenannten Musikhalle, gegen 4000 Personen anwesend. Während einer der Sänger ein komisches Lied vortrug, entwickelte sich in einer Ecke des Saales unterhalb der Gallerie eine Schlägerei, die ziemlich großen Lärm hervorrief. Diejenigen Anwesenden, welche nur den Lärm hörten, ohne zu wissen, was eigentlich vorgehe, wurden sehr unruhig. Da plötzlich erhob jemand den Ruf „Feuer!“, und augenblicklich entstand ein fürchterliches Gedränge, welches sich unglücklicherweise nach einem einzigen der vorhandenen sechs Ausgänge richtete. Die sofort mit lauter Stimme abgegebenen Versicherungen des Direktors und anwesender Policisten, daß keine Feuergefahr vorhanden sei, verhallten unbeachtet. Binnen wenigen Minuten waren 37 Personen, darunter 2 Frauen, zu Tode gedrückt, eine große Zahl anderer gefährlich verletzt. Der Direktor des Theaters hat eine Belohnung von 20 Pfund Sterling für Ausfindigmachung desjenigen ausgekelt, der den Feuerruf erhoben hatte.

— (Kirchenbrand.) Die deutsche Gemeinde zu Stockholm ist von einem schweren Unglück betroffen worden. In der Nacht auf den 7. d. M. ist ihre Kirche, wol das schönste Gotteshaus in ganz Schweden, durch eine Feuersbrunst fast ganz zerstört worden. Etwas nach 2 Uhr morgens gaben Signale von allen Kirchtürmen zu erkennen, daß ein großes Feuer ausgebrochen sei, und bald konnte auch ganz Stockholm sehen, daß die hohe und schlanke Thurmspitze der deutschen Kirche eine riesige Feuerfäule bildete. Trotz aller Anstrengung der Feuerwehr war der Thurm nicht zu retten, und stürzte dessen oberer Theil gegen 4 Uhr mit donnerndem Getöse herab, glücklicherweise, ohne weiteren Schaden anzurichten. Von dem Thurm aus verbreitete sich das Feuer zur Kirche, deren Dach gleichfalls vernichtet wurde. Um 5 Uhr morgens glückte es, des Feuers Herr zu werden und das Innere der Kirche, das aber auch durch die herabfallenden schweren Kronleuchter u. arg beschädigt ist, zu retten. Die deutsche Kirche war eine der ältesten der Hauptstadt, bereits 1571 hatten die Deutschen von König Johann III. die Erlaubnis erhalten, sich auf dem Plage der Kapelle des früheren Dominikaner- und Schwarzenbrüder-Klosters ihre eigene Kirche zu erbauen. Der Plan gelangte jedoch nicht zur Ausführung, dagegen wurde den Deutschen wenige Jahre später das Convivium St.-Gereonis geschenkt, und dieses alte Gebäude wurde 1639 von dem deutschen Baumeister Hans Jakob Kristler zur Kirche umgebaut. Der schöne Thurm ist von König Johann III. errichtet und schon 1618 vollendet. Im 222 Fuß hohen Thurm befanden sich mehrere Glocken im Gewichte von circa 70 Zentnern und ein sogenanntes deutsches Glockenspiel, von einem Hamburger Namens Franz Hemony verfertigt, das am 18. Juli 1666 zum ersten male spielte und seitdem bis vor kurzem täglich seine frommen Weisen ertönen ließ. Auch die schönen 1705 errichteten und mit der Namensschiffre König Karls XII. versehenen Gethürmchen sind herabgestürzt, und die größte halbgelochene Glocke ist vom Glockenstuhl bis auf das Thurmgerölbe gefallen. Ueber die Entstehung des Feuers kursieren die verschiedensten Gerüchte.

— (Die Robinson-Insel modernisiert.) Die Insel Juan Fernandez, welche bekanntlich in Defoe's berühmtem Roman „Robinson Crusoe“ eine so bedeutende Rolle spielt, hat ein unternehmender Schweizer Namens Alf de Robe von der chilenischen Regierung auf acht Jahre gepachtet und dieselbe bereits mit Vieh versehen, um vorbeipassierende Schiffe mit frischem Fleisch versehen zu können. Seine bisherigen Erfahrungen deuten auf einen pecuniären Erfolg hin. Die Frau eines englischen Seekapitän, welche vor kurzem auf der Insel landete, um einen Vorrath frischer Lebensmittel einzulegen, schildert dieselbe als reich an Früchten jeder Art, gutem Wasser und ausgezeichneten Fischen in den Gebirgsgewässern; wilde Ziegen sind in Hülle und Fülle vorhanden.

Lokales.

Krainischer Landtag.

11. Sitzung.

Laibach, 12. Oktober.

(Fortsetzung.)

Abg. Dr. v. Schrey spricht in ausführlicher Rede für den Gesetzentwurf. Redner betont, die Revision der Volksschulgesetze sei schon lange wünschenswerth gewesen, es sei daher nicht zu zweifeln, daß die hohe Regie-

rung dem Gesetzentwurf die Sanction nicht verweigern werde. Es wurde zwar der Wunsch ausgesprochen, daß die oberste Schulbehörde, der k. k. Landesschulrath, über das Gesetz früher gehört werden solle. Nun seien jedoch die Aenderungen, welche am Gesetze vorgenommen wurden, nicht so umfangreich und beziehen sich nur auf einige Paragraphen, welche im Ausschusse eingehend berathen wurden und bei denen auch die k. k. Regierung durch ihre zwei anwesenden Vertreter genügend Gelegenheit hatte, ihren Standpunkt geltend zu machen. Es waren also sowohl die Regierung als auch der k. k. Landesschulrath, der durch Mitglieder des Landesausschusses im Hause vertreten ist, in der Lage, an den Abänderungen des Gesetzes mitzuberathen, an Abänderungen, welche in anderen Ländern bereits gesetzlich eingeführt sind. Daß die Aenderung des Gesetzes wirklich dringend nothwendig war, beweise die Petition der Landes-Lehrerkonferenz. Man hat gegen die sofortige Berathung des Gesetzes auch den Einwurf gemacht, daß in die Berathung desselben erst am Schlusse der Session eingegangen werde, so wie daß die Regierung die Sanction des Gesetzes verweigern dürfte, weil die Vota des Landesausschusses und k. k. Landesschulrathes nicht gehört wurden. Nun, sollte auch wirklich das letztere geschehen, so werde der Landtag in der nächsten Session wenigstens ganz genau wissen, welche Paragraphen die h. Regierung abgeändert haben will, und es wird dann in der Session des nächsten Jahres endgültig gelingen, das Gesetz zu bringen. Man hat gegnerischerseits auch geltend gemacht, der Schulausschuß habe zur Berathung des Gesetzes mehr als 20 Stunden gebraucht, der Landtag benötige dazu also mindestens fünf Sitzungen. Es ist wol kein Anstand, den Gesetzentwurf im Hause sehr eingehend zu berathen, aber wenn man von der Anschauung ausgeht, daß die Berathung desselben nur vom ganzen Hause genau vorgenommen werden könne, zu was wären dann die eingehenden Berathungen im Ausschusse, wo ohnehin schon die Anschauung der Majorität seiner Mitglieder zum Ausdruck kommt?

Der Haupteinwurf, der dem Gesetzentwurf gemacht wird, ist der, daß er die Autonomie des Landes schädige. Ob jedoch damals, als das jetzige Volksschulgesetz in diesem hohen Hause votiert wurde, der Majorität der autonome Standpunkt vorgeschwebt habe, ist mehr als fraglich, es waren eben ganz andere Bestimmungen für das Zustandekommen des jetzigen Volksschulgesetzes maßgebend gewesen. Man sagt, der vorliegende Entwurf nehme den Gemeinden alle Rechte und belasse ihnen alle Pflichten. Die Schulverhältnisse sind heute eben ganz veränderte, nicht die Gemeinden sind es mehr, welche die Lehrer bezahlen, sondern das Land thut dies durch die dafür ausgeschriebene Schulumlage. Dem Landesausschusse, der durch zwei Mitglieder im Landesschulrath vertreten wird, ist die genügende Ingerenz bei der Lehrerernennung gesichert. Wenn man gegnerischerseits glaubt, den Lehrer müsse die Gemeinde wählen oder ernennen, warum ist man noch nicht dazu gelangt, den gleichen Vorgang auch bezüglich des Klerus zu empfehlen, oder bezüglich der Beamten, wie in Transleithanien? In den Ortsschulrathen entscheidet bei der Ernennung der Lehrer zum überwiegenden größten Theile nicht das didaktische Wissen derselben, sondern ganz andere Umstände, was freilich niemanden wundern kann, der da weiß, daß in den Ortsschulrathen der Klerus die erste Rolle spielt. Da sind die Kenntnisse des Orgelspiels, die Bekanntschaft mit den Mitgliedern des Ortsschulrathes, auch die Gesinnung weit mehr in die Waagschale fallend, als der einzig maßgebende Umstand, nämlich die Befähigung als Lehrer. Ueberdies sind die Ortsschulrathen, wenigstens die überwiegende Mehrzahl derselben, ihrer Zusammensetzung nach nicht einmal im Stande, die Befähigung eines Lehrers zu prüfen, und manche derselben haben es mitunter schon bedauert, dieses Recht überhaupt ausüben zu müssen. Zudem war es bei den jetzt geltenden Bestimmungen absolut unmöglich, einen Lehrer zu überlegen, wenn man dies noch so gerne gethan hätte, da ihn eben ein anderer Ortsschulrath präsentieren mußte, was sich bei manchen Lehrern nicht immer erreichen ließ. Dann wurden auch, wenn eine Schule erweitert wurde, aus Pietät stets die an der Schule schon functionierenden Lehrer zu Leitern präsentiert, obwohl dieselben größtentheils nur die Consistorialprüfung gemacht hatten, daher sehr wenig befähigt waren, als Leiter von zwei- oder mehrklassigen Schulen zu fungieren.

Es wurde heute so oft betont, daß man der Autonomie der Gemeinden durch den Gesetzentwurf präjudiciere, aber gerade zur Autonomie muß man erst erzogen werden, und die Schule ist das einzige wahre Mittel dazu. Nur durch Bildung kann man zur wahren Freiheit gelangen, das erste Postulat hiezu ist die Hebung des Volksschulwesens, was eben der heute vorliegende Gesetzentwurf nach besten Kräften anstrebt. Dem Ortsschulrath ist jedoch auch in diesem Gesetze ein sehr wichtiges Recht gewahrt, nämlich das Vorschlagsrecht der Lehrer. Wenn der Herr Abg. Svetec ziffermäßig nachzuweisen gesucht hat, daß der Einfluß der k. k. Regierung sowohl im Landes- als im Bezirksschulrath überwiegend gewahrt sei, so ist diese

Anschauung entschieden unrichtig, denn im gleichen Maße ist überall auch die Autonomie des Landes und Bezirkes entschieden gewahrt. Die Landeshauptstadt Laibach hat dafür, daß man ihr das Ernennungsrecht der Lehrer entzogen, einen genügenden Ersatz in der Bestimmung des Gesetzentwurfes, daß einem Vertreter der Landeshauptstadt im Landesschulrath ein Platz gewahrt bleibt. Letzterem wird es immer, besonders aber bei Lehrerernennungen, möglich sein, das Interesse der Großgemeinde des Landes geltend zu machen.

Es wurde dem Gesetzentwurf ferner auch vorgeworfen, daß er nur aus der Initiative einer Persönlichkeit hervorgegangen sei. Auf Petitionen hin sind bisher allerdings noch wenig Gesetze beschlossen worden; wenn jedoch Abgeordnete auf Urlaub gehen und Manifestationen inscenieren, so kann solchen gewiß kein besonderer Werth zugemessen werden. Man befürchtet des Abgeordneten Svetec, daß die Gemeinden durch den Gesetzentwurf den Schulen feindlich stimmen werde, entbehrt jeder Begründung. Ein gewisses Strafrecht gegen die Ortsschulrathen war nothwendig, und ist der Mangel eines solchen bereits oft bedauert worden. Der Gesetzentwurf, der heute zur Annahme empfohlen wird, entspricht den auf Erfahrung begründeten factischen Verhältnissen, und der Landtag wird es hoffentlich nie bedauern, denselben im Interesse des Volksschulwesens votiert zu haben. Ob die Voraussetzung des Abg. Svetec jemals eintreten werde, daß beide Parteien einst vereinigt in der Landtagshalle wirken werden, bezweifelt Redner nicht. Verweist zur Illustration dieses Ausspruches auf den erst kürzlich erschienenen Artikel des „Slovenski Narod“, welcher jede Eintracht mit der Verfassungspartei entschieden perhorresciert. Redner empfiehlt schließlich, in die sofortige Berathung des Gesetzentwurfes einzugehen.

Abg. Pfeifer spricht gegen den Gesetzentwurf. Schon lange, ehe der Landtag einberufen wurde, gleich nach den Neuwahlen, haben die Journale der verschiedenen Parteien es als unumgänglich nothwendig hingestellt, die jetzt zu Recht bestehenden Volksschulgesetze abzuändern. Das letzte Restchen der Autonomie, welches die Gemeinden noch besitzen, soll durch die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes vernichtet und unter das drückende Joch der Bureaucratie gebeugt werden. Mit einem wirklich leidenschaftlichen Fleiße suchte die gegnerische Partei der Bureaucratie über alles die Hegemonie zu sichern, was nach biblischen frei athme. Zu diesem Zwecke habe man sich eine Petition der krainischen Lehrerkonferenz gestellt, deren Werth aber als ein sehr zweifelhafter bezeichnet werden kann. Man klagt weiters über die Nichtbefähigung der Ortsschulrathen! Wer anders — fragt Redner — sei denn schuld daran, als eben einige k. k. Bezirkshauptleute, welche sonderbarer Weise das intelligente Element von den Ortsschulrathen ferne zu halten suchen? Der Gesetzentwurf zeigt die Anschauungen seines Schöpfers; das Volk, welches zur Blut- und anderen Steuer stets herangezogen wird, soll nichts zu sprechen, nicht mitzureden haben, wo es sich um dessen vitalste Interessen handelt, es soll nichts anderes sein, als die misere contribuens plebs. Durch den Gesetzentwurf strebe man eben nichts anderes an, als sich eine willkürliche Lehrerschaft zu schaffen, die Gemeinden aber alle Rechte zu entäußern und ihnen nur die Pflichten und Lasten zu belassen. Das Reich der Parteiprotection soll nunmehr auch in das Schulwesen einziehen, die Lehrerschaft unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden. Redner befürwortet daher den Antrag des Abgeordneten Svetec zur Annahme.

(Fortsetzung folgt.)

— (Schlußsitzung des krainischen Landtages.) Die diesjährige Session des krainischen Landtages wurde mit der gestrigen 14. Sitzung geschlossen. Zu Beginn derselben beantwortete der Herr Präsident Ritter von Rallina die Interpellation des Abgeordneten Klun wegen der Confiscation der Anwesenheit „Slovenec“, sowie jene des Abgeordneten Pfeifer wegen der Steuerexecutionen in Unterkrain. Ueber Antrag Dr. Jarnits wurde die Wahl in den Landesausschuß sofort als erster Gegenstand vorgenommen. Es wurden hierbei nachstehende Abgeordnete gewählt: aus der Curie der Großgrundbesitzer: Deschmann, zu dessen Stellvertreter: Freiherr v. Taufferer; — aus der Curie der Städte, Märkte und der Handels- und Gewerbetreibenden: Dr. v. Schrey, zu dessen Stellvertreter: Dr. Bleiwies; aus der Curie der Landgemeinden zuerst Dr. Bleiwies und zu dessen Stellvertreter Klun, da beide letzteren die Wahl jedoch ablehnten, wurde eine Neuwahl vorgenommen und hiebei zum Landesausschußbeisitzer Abgeordneter Dr. Bosnjak, zu dessen Stellvertreter Abgeordneter Dr. Pollak gewählt. Aus dem ganzen Hause endlich wurde Abgeordneter Dr. Schaffer und zu dessen Stellvertreter Abgeordneter Ritter v. Gariboldi gewählt. Ueber die hierauf folgenden Dringlichkeitsanträge: „Zudem der Landtag des Herzogthums Krain die theilweise Demobilisirung der k. k. Occupationarmee in Bosnien freudig begrüßt und den in den Reihen derselben kämpfenden krainischen Truppen die vollste Bewunderung und den

Dank des Landes für die zur Ehre desselben neuerlich bewährte, todesmuthige Tapferkeit ausdrückt, votiert er für verwundete krainische Krieger und für die Hinterbliebenen der Gefallenen einen Betrag von 1000 fl. aus dem krainischen Landesfonde und weist den Landesauschuß an, denselben aus dem Dienste des laufenden Jahres durch die k. k. Regierung an das zu Laibach bestehende Frauen-Comité gelangen zu lassen. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt. Abgeordneter Dr. Bleiweis befragte den Antrag Dr. Schrey's, sprach jedoch den Wunsch aus, die Summe auf 2000 fl. zu erhöhen. Der Antrag Dr. v. Schrey's wurde mit dem Amendement des Abgeordneten Dr. Bleiweis einstimmig angenommen.

Der k. k. Landespräsident Ritter v. Kallina sprach dem Landtage für diesen echt patriotischen Beschluß im Namen der Regierung den Dank aus. Der Landtag habe dadurch neuerlich bewiesen, daß ihm die Ehre und Opferruth und die Bravour der k. k. Armee zu schätzen ermageln, den loyalen Act auf telegrafischem Wege zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers zu bringen. (Allgemeiner Beifall.) Der Landeshauptmann forderte die Versammlung auf, Sr. Majestät dem Kaiser ein dreifaches Hoch und Slava auszubringen. (Stürmische Hoch- und Slava-Rufe der Abgeordneten und des Publikums.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffs der in Aussicht genommenen Landesumlage vom Bier- und Branntweinverschleiß in Krain, nachdem Abg. Rudmann denselben amendiert hatte, dem Landesauschuß zur Berichterstattung in der nächsten Session zugewiesen. Weiters wurde eine lange Reihe von Berichten des Rechnungsführers, volkswirtschaftlichen, Finanz- und Gemeinde-Ausschusses erledigt. Der Bericht des Schulausschusses, der Landesauschuß möge beauftragt werden, an die k. k. Regierung das dringende Verlangen zu richten, das Staats-Untergymnasium in Krain fortbestehen zu lassen, wurde, nachdem vorerst der k. k. Landespräsident erklärt hatte, daß die Auflassung des krainburger Gymnasiums lediglich aus Sparamkeitsschichten und nicht aus fälschlich geltend gemachten nationalen Gründen erfolgt sei, und nachdem die Abgg. Dr. v. Schrey, Graf Thurn und Berichterstatler Klun denselben wärmstens verteidigt hatten, einstimmig angenommen. — Nach Erledigung einer Reihe von Pensionen und selbständiger Anträge war die Tagesordnung erschöpft. Der Landeshauptmann ergriff nun das Schlußwort und entrollte in längerer Rede ein Bild der Landtages. Waren auch die beiden Parteien des Landtages in prinzipiellen Fragen verschiedener Auffassung, so stimmten doch alle Mitglieder des h. Hauses überein, wenn es galt, für die realen Interessen des Landes einzutreten. Der Landeshauptmann ging dann in seiner Ansprache auf den Wirkungskreis des neu gewählten Landesauschusses über und erklärte, daß derselbe stets, welcher Partei seine Mitglieder auch angehören mögen, die Interessen des Landes vertreten werde. In slovenischer Sprache fortsetzend, betonte der Landeshauptmann nicht nur in seinem Namen, sondern auch in jenem der Majorität des Hauses, daß der Landesauschuß immer das Recht, das Gesetz und die Gleichberechtigung unverbrüchlich wahren werde. Der Landeshauptmann dankte sodann dem Vertreter der hohen Regierung für die freundliche Unterstützung und die Bereitwilligkeit, mit welcher derselbe die Arbeiten des Landtages gefördert habe. Der erhebende Moment, in dem der Landtag mit begeisterter Einstimmigkeit der tapferen k. k. Armee, der muthigen, in den Reihen derselben stehenden Landesöhne wohlwollend gedacht habe, sei ihm eine Gewähr dafür, daß sich in dem Aufblühen Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser alle Mitglieder des h. Hauses vereinigen und Allerhöchstdemselben ein begeistertes dreifaches Hoch, Slava und Bravo zurufen werden. (Stürmische Acclamation seitens der Abgeordneten und des Publikums.)

Abg. Freiherr von Apfaltrern dankte in warmen Worten namens des ganzen Hauses dem Herrn Landeshauptmann für seine unparteiische Leitung der Landtagsverhandlungen, sowie für seine wirklich bewundernswürdige Aufopferung und Thätigkeit zum Wohle des Landes. Nebst drückte den Wunsch aus, die rührige Kraft desselben möge noch lange dem Lande Krain, dessen Wohlwohner seiner stets dankbar gedenken werden, erhalten bleiben. Der Landeshauptmann erwiderte dankend auf diese Manifestation und erklärte, er sei stets beglückt, zu können. Der Landespräsident Ritter v. Kallina dankte schließlich namens der k. k. Regierung für die Anerkennung, die sein Mitwirken an den Arbeiten des Landtages herbeigeführt habe. Er sei in das Land an die Spitze der Sache gekommen mit der besten Hoffnung, die Gegenüberstehenden streitenden Parteien auszugleichen. Er habe es ihm gelingen werde, künftighin manche Mißverständnisse auszugleichen und das angestrebte Ziel der Eintracht und Versöhnung im Lande zu erreichen. Mit einem herzlichen Lebewohl an die Herren Abgeordneten verabschiedete er zugleich die Hoffnung, die Herren in der nächsten

Landtagsperiode wieder alle begrüßen zu können. Der Vorsitzende erklärte sodann unter nochmaligem dreimaligem Hoch und Slava auf Sr. Majestät den Kaiser die erste Session des krainischen Landtages für geschlossen. Die Sitzung hatte eine nahezu siebenstündige Dauer in Anspruch genommen.

— (Militärerennung.) Der Lieutenant Lindor Ritter von Görtz des Infanterieregiments Freiherr von Ruhn Nr. 17 wurde zum Personaladjutanten des Kommandanten des 13. Armeecorps ernannt.

— (Professor Streitmann t.) Der Lehrkörper der hiesigen Oberrealschule erlitt vorgestern durch das plötzliche Hinscheiden seines geachteten jugendlichen Kollegen Professor Philipp Wilhelm Streitmann einen sehr bedauerlichen Verlust. Der im 28. Lebensjahre Verschiedene war erst seit einem Jahre an der hiesigen Oberrealschule thätig gewesen und hinterläßt eine trostlose junge Witwe, der er, als ein Opfer der tödtlich schleichenden Diphtheritis, nach kurzem, kaum fünfzigem Leiden am ersten Jahrestage ihrer Vermählung entzissen wurde. Der Verstorbene wird heute um 5 Uhr nachmittags von der Todtenkapelle aus auf dem hiesigen protestantischen Friedhofe zur ewigen Ruhe bestattet werden.

— (Auszeichnung.) Frau Hedwig v. Radics hat für die von uns erwähnte Ausgabe der Gedichte ihres seligen Vaters A. A. Kaltenbrunner von Seiner k. Hoheit dem Herrn Herzoge Maximilian in Baiern, dem durchlauchtigsten Vater Ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth, die große silberne Medaille mit dem Brustbilde und der Reversinschrift: „Zum Andenken von Maximilian Herzog in Baiern als Ehrung“ erhalten. Dem begleitenden, höchst schmeichelhaften Dankschreiben entnehmen wir, daß Se. k. Hoheit die Publication „wiederholt mit lebhaftem Vergnügen gelesen“ und im vollsten Maße die Verdienste anerkannte, welche sich die Herausgeberin durch diese Ausgabe des Nachlasses ihres seligen Vaters erworben habe. — „Gleichzeitig“ heißt es in dem Schreiben — lassen sich Se. königliche Hoheit für die durch Ihren Herrn Gemal gefälligt überfandte Nummer der „Laibacher Zeitung“, worin derselbe zum 9. September einen aus seiner Feder geflossenen, in höchst warmen Worten geschriebenen Artikel zum Abdruck gelangen ließ, herzlich bedanken.“

— (Schwurgerichtssession.) Für die vierte diesjährige Schwurgerichtssession beim Laibacher Landesgerichte wurden die Herren: L. G. Pr. Anton Gertscher als Vorsitzender, D. L. G. R. Johann Kaprey und L. G. R. Raimund von Zhuber als dessen Stellvertreter; und für die vierte Schwurgerichtssitzung beim Kreisgerichte Rudolfswerth der Hr. G. Pr. Vincenz Jeuniter als Vorsitzender und der L. G. R. Andreas Bojska als dessen Stellvertreter berufen.

— (November-Advancement.) Die in Offizierskreisen verbreitet gewesene Nachricht, daß infolge des sogenannten Mobilisierungs-Advancements das heurige November-Advancement weggelassen würde, bestätigt sich einer Versicherung der „Presse“ zufolge nicht. Die Beförderungen, welche nicht sehr umfangreich sind, gelangen, wie immer, in den letzten Tagen des laufenden Monats zur Veröffentlichung.

— (Aus der Verwundetenliste.) Der Infanterist Bartholomäus Merglikar der 2. Kompagnie des Infanterieregiments Freiherr von Ruhn Nr. 17 befindet sich im k. k. Truppenhospital in Spalato in Pflege. Derselbe ist durch einen Haarfelschuß am rechten Vorderarme leicht verwundet.

— (Selbstmord.) Ein durchreisender Arbeiter Namens Bartholomäus Gollio hat sich gestern in Laibach im Hause Nr. 39 der Bahnhofgasse erhängt. Der Selbstmörder war aus Tolmein gebürtig und stand im 53sten Lebensjahre.

— (Aus Belbes.) Wie uns aus Belbes mitgetheilt wird, wurde die durch jahrelang gesammelte freiwillige Beiträge zu stande gekommene Gürtel-Fahrstraße um den Beldezer See, durch welche der Ort eine wesentliche, schon lange gewünschte Verschönerung erhielt, am 6. d. M. dem öffentlichen Verkehr übergeben.

— (Kolesiamühle.) Die der Laibacher Stadtgemeinde gehörige Kolesiamühle wird vom 1. November d. J. an auf unbestimmte Zeit verpachtet. Diesbezügliche Offerte sind bis 25. d. M. beim hiesigen Stadtmagistrate einzubringen.

— (Gemeindevahl.) Bei der am 1. d. M. stattgefundenen Neuwahl des Gemeindevorstandes der Ortsgemeinde Hoteberschitz, im politischen Bezirke Voitsch, wurden der Grundbesitzer Johann Korze von Hoteberschitz zum Gemeindevorsteher, die Grundbesitzer Matthäus Gruden, Johann Petkovšek und Johann Gabrovšek, sämtliche aus Hoteberschitz, zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Theater.) Paul Lindau's vieractiges Lustspiel „Ein Erfolg“ fand bei seinem Erscheinen vor vier Jahren in Berlin und in Wien allseitig die beifälligste Aufnahme und ist seitdem an beiden Hoftheatern zum ständigen und beliebten Repertoirestück geworden. Glänzende Eigenschaften zeichnen es aus: eine in scharfsinnigen, feinen Einzelheiten nuancierte Steigerung der Action; eine graziose Leichtigkeit und Frappanz der Dialoge; eine auffallende Gewandtheit in der Behandlung des Stoffes, und vor allem eine liebenswürdige, anmuthig bewegte Laune bei der Zeichnung der ein-

zelnen Charaktere. Echte komische Situationen fehlen dem Stücke eigentlich gänzlich, überhaupt hat es nichts Possenhafes an sich und wirkt erheiternd nur durch die poetische Verehrtheit, laut welcher die mit mäßiger Persiflage geschilderten Individuen sich stets infolge ihrer lächerlichen Eigenschaften im richtigen Momente blamieren. Dieses Lustspiel fand vergangenen Montag eine trotz mancher Unzulänglichkeiten im ganzen genommen genügende Darstellung. Hr. Solbey ragte durch die richtige Auffassung des romantischen, sich mit aller unbefangenen Sinnenglut dem Augenblicke mädchenhaft hingebenden Wesens „Eva Drossen“ hervor und führte ihre Rolle ganz und gar als eine naive, in sich reale, gesunde Erscheinung, die in eigener Selbstvergessenheit nur ihrer Neigung lebt, durch, und gefiel nebstdem infolge ihrer zwanglosen und gerade deshalb tief eindringenden Sprechweise. Herr Direktor Ludwig (Fritz Marlow) erschien bei aller sonstigen Vortrefflichkeit etwas zu gefetzt und sentimental, Herr Smaha (Baron Fabro) zu schwerfällig. Recht gelungen waren Hr. Langhof (Madame Drossen) und Herr Ehrlich (Dr. Kraus), hingegen paßte Herr Melzer (Dr. Schallmeyer) keineswegs in den Rahmen des feinen und nur mit feinen Mitteln wirkenden Lustspiels. — Die diensttägige Reprise der „Fatinitza“ und die gestrige dritte Aufführung der heitern Costa'schen Posse „Ihr Corporal“ waren gut besucht und wurden recht zufriedenstellend executiert.

— (Aus dem Gerichtssaale.) Der aus dem Adelsberger Bezirke gebürtige 28jährige verheiratete Handelsmann A. Castelli, Inhaber eines Manufacturwarengeschäftes am Holzplaz in Triest, bisher unbeanstaltet, hatte sich diesertage vor dem k. k. Landesgerichte in Triest wegen des Vergehens der schuldhaften Erida zu verantworten. Castelli meldete am 14. März d. J. bei dem Handelsgerichte den Concurs an. Der vom Angeklagten angegebene Passivstand beläuft sich auf 25,000 Gulden. Den Aussagen des Masseverwalters Advokat Dr. Benco zufolge erhalten die Gläubiger aus dem meistens in Waren bestehenden Activum beiläufig 35 Prozent. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er das Deficit nicht gehörig rechtfertigen konnte und daß er in bereits verschuldetem Zustande neue Zahlungsverbindlichkeiten eingegangen sei und einzelne Gläubiger vor anderen befriedigt habe. Bei der Verhandlung verantwortete sich der Angeklagte dahin, daß seine Waren dem Kostenpreise zufolge einen weit höhern Werth repräsentieren, als der in der Inventur angegebene; er bestritt somit, insolvent zu sein, und schreibt seine Zahlungseinstellung dem in letzterer Zeit bedeutend abgenommenen Verschleiß des reichen Warenlagers zu. Einer Mittheilung der „Triester Ztg.“ zufolge fand der Gerichtshof auf Grund der bei der Verhandlung hervorgegangenen Umstände nicht die Schuld des Angeklagten bezüglich der oben erwähnten Anklagepunkte erwiesen und sprach ihn daher von der Anklage des Vergehens der schuldhaften Erida los.

— (Postalisches.) Vom 1. November d. J. ab tritt das Uebereinkommen in Kraft, welches zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wegen Ausdehnung des deutschen internen Fahrposttarifes auf den Verkehr der beiden Länder geschlossen worden ist. Hiernach wird künftighin für Pakete bis zum Gewichte von fünf Kilogramm eine Einheitstaxe von 50 Pfennig oder 25 Kreuzer österr. Währung eingehoben werden. Wie die „Grazzer Tagespost“ aufmerksam macht, ist der 1. November auch als Anfangstermin für das Uebereinkommen zwischen Deutschland und Belgien, betreffend die Einführung einer Einheitstaxe von einem Franc für Pakete bis zum Gewichte von fünf Kilogramm, festgesetzt. Diese Einheitstaxe wird zwischen Deutschland und Belgien derart getheilt, daß Deutschland 60 Centimes oder 50 Pfennige und Belgien 40 Centimes empfängt. Treten die beiden Uebereinkommen in Kraft, dann lassen sich der deutsch-belgische und der deutsch-österreichische Tarif combinirt anwenden, so zwar, daß vom 1. November ab für ein Paket bis fünf Kilogramm aus Belgien nach Oesterreich-Ungarn und umgekehrt nur eine Taxe von einem Franc oder 40 Kreuzer zur Erhebung kommt. Ein Paket von fünf Kilogramm von Ostende bis Triest kostet also vom 1. November ab nur 80 Pfennige oder 40 Kreuzer.

— (Literarisches.) Von dem in A. Hartlebens Verlag erscheinenden Werke: „Die Sahara oder von Dase zu Dase, Bilder aus dem Natur- und Volksleben in der großen afrikanischen Wüste“, von Dr. Josef Chavanne, sind soeben Lieferung 13 bis 20 erschienen, und ist damit das Werk zum Abschluß gelangt. Der Verfasser führt in diesen Lieferungen den Leser durch die bisher kaum ihrem Namen nach bekannten Gebiete der westlichen Sahara, wir durchziehen das fruchtbare Draaland, durchqueren die schreckensreiche Dänenregion der Tgidi und die öde Tanesrust, und gelangen durch die „Leib der Wüste“ genannte Landschaft nach der sagenreichen, von einem mächtigen Nimbuss umgebenen Wüstenstadt Timbuktu. Von hier aus unternehmen wir Ausflüge in das Bergland Aderer, an die Dänenküsten des Atlantischen Ozeans, und an den Senegal, und brechen hierauf nach Osten auf, um durch das Land der Auelimeriden-Tuareg und die Fellahstaaten das an Naturschönheiten überreiche Alpenland der Wüste Nir zu erreichen. In rascher Folge begleiten

